Pressemitteilung

+++ SPERRFRIST 29. Oktober 2026: 12 Uhr +++

Neue Studie: Deutsche wollen neue Partnerschaften und ein politisch und wirtschaftlich souveränes Europa – auch trotz höherer Kosten

76 Prozent der deutschen Bevölkerung sprechen sich dafür aus, dass Europa unabhängiger von den USA wird und neue Partnerschaften eingeht. Uneins sind die Befragten darin, worauf neue Allianzen beruhen sollen: Knapp die Hälfte stellt Demokratie und Menschenrechte in den Vordergrund, eine ähnlich große Gruppe den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Nutzen. Breite Mehrheiten befürworten eine stärkere und eigenständigere europäische Industrie – trotz höherer Kosten. Das zeigt die diesjährige Ausgabe der Langzeitstudie „Selbstverständlich europäisch" der Heinrich-Böll-Stiftung und des Progressiven Zentrums.

Wenige Tage vor den Zwischenwahlen in den USA zeigt die Studie, dass sich der Wunsch nach einem eigenständigeren Europa, das international souverän ist und seine wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Abhängigkeiten reduziert, durch alle Bevölkerungsgruppen und politischen Lager zieht. 88 Prozent der Befragten befürworten, dass wichtige Güter in Europa hergestellt werden, auch wenn das zunächst teurer ist (*Onshoring*). 77 Prozent sprechen sich dafür aus, bei öffentlichen Aufträgen europäische Produkte trotz höherer Preise zu bevorzugen (*Buy European*), und 65 Prozent unterstützen Zölle auf günstige Importe aus China, selbst wenn Waren dadurch teurer werden.

„Die Umfrageergebnisse sprechen für ein europäisches Aufbauprojekt: eine kooperative europäische Souveränität, die über politische Unabhängigkeit hinaus auch wirtschaftliche Handlungsfähigkeit umfasst und dabei dezidiert nicht auf Abschottung setzt, sondern Abhängigkeiten durch diversifizierte Partnerschaften verringert", sagen Georg McCutcheon und Dr. Maria Skóra, Autor:innen der Studie.

Werte vs. Nutzen: Befragte bei Basis neuer Partnerschaften unterschiedlicher Meinung

Bei der Ausrichtung neuer Partnerschaften zeigt sich ein geteiltes Bild: 49 Prozent der Befragten wollen, dass diese gemeinsame Werte wie Demokratie und Menschenrechte stärken, 47 Prozent stellen den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Nutzen in den Vordergrund. Die deutsche Europapolitik steht damit aus Sicht der Studienautor:innen vor der Aufgabe, beides zusammenzudenken: internationale Kooperationen auszubauen, die Europas Handlungsfähigkeit politisch und wirtschaftlich stärken und dabei zugleich die demokratischen Grundwerte der EU zu vertreten.

Auch innerhalb der EU wünschen sich die Befragten ein aktives und kooperatives Deutschland: 68 Prozent befürworten ein aktives Auftreten der Bundesregierung in der EU, 59 Prozent unterstützen gemeinsame Entscheidungen auch dann, wenn Deutschland Kompromisse eingehen muss. Auch glauben 54% Prozent, dass aktuelle Krisen eher auf EU- als auf nationaler

Ebene (38%) gelöst werden können. 72 Prozent sprechen sich zudem dafür aus, dass Mitgliedstaaten bei Blockaden durch Vetos als Vorreiterkoalitionen vorangehen können.

Neuen Prioritäten für zusätzliche EU-Investitionen: Weniger für Verteidigung, mehr für soziale Absicherung und Klima

Zugleich zeigen sich deutliche Verschiebungen in den europapolitischen Prioritäten der Befragten: Obwohl die Höhe des deutschen Beitrags zum EU-Haushalt skeptisch gesehen wird, befürworten die Befragten mehr gemeinsame Ausgaben in konkrete Politikfelder – v. a. in die innere Sicherheit (41%). Die Präferenz für zusätzliche Verteidigungsausgaben ist deutlich gesunken: von 52% im Vorjahr auf 31%; die für soziale Absicherung hingegen ist von 23% auf 39% gestiegen, die für Klima- und Umweltschutz von 25% auf 37%.

Zudem fordert eine Mehrheit von zusammen 62%, dass sich die Bundesregierung in Brüssel für das Festhalten an den EU-Klimazielen (36%) oder noch ambitioniertere Ziele einsetzt (26%). Nur 33% der Befragten wünschen sich eine Lockerung der EU-Klimaziele.

„Die Leute wollen ein Europa, das nach außen stark ist und im Alltag Sicherheit gibt", so Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. „Dass soziale Absicherung und Klimaschutz in den Prioritäten nach oben rücken, zeigt, dass Sicherheit für viele mehr umfasst als Verteidigung: bezahlbares Leben, stabile Sozialsysteme und eine intakte Umwelt."

Die Ergebnisse zeigen: Ein souveränes Europa braucht aus Sicht der Befragten mehr als wirtschaftliche Stärke und sicherheitspolitische Eigenständigkeit. Die Studienautor:innen empfehlen daher eine deutsche Europapolitik, die europäische Kooperationen aktiv gestaltet, gemeinsame Investitionen am europäischen Mehrwert ausrichtet und Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherung zusammendenkt.

Zur Methodik

Für die Studie „Selbstverständlich europäisch 2026 – Souverän, kooperativ, ambitioniert: Erwartungen an die deutsche Europapolitik", die in diesem Jahr zum achten Mal erscheint, hat pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zwischen dem 27. August und dem 4. September 2026 3.023 Personen online befragt.

Über die Autor:innen

- Dr. Maria Skóra ist Politikberaterin und Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum.
- Georg McCutcheon ist Politökonom und als Referent Europäische Union in der Heinrich-Böll-Stiftung tätig.

Die **vollständige Studie** finden Sie hier.

Pressekontakte

Maria Menzel-Meyer, Co-Leitung Grundsatz, Das Progressive Zentrum
presse@progressives-zentrum.org, Tel. +49 (0)30 40 05 42 55 oder +49 (0)179 51 79 628

Laura Endt, Pressesprecherin, Heinrich-Böll-Stiftung
endt@boell.de, Tel. +49 (0)30 28 53 42 02 oder +49 (0)160 93 41 38 69